

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr am Dienstag, den 4. Juni 2019 um 18:30 Uhr im Sitzungsraum 1.20 des Rathauses, 24782 Büdelsdorf

Anwesend:

Ausschussvorsitzender: Stadtvertreter Schmidt (SPD)

Weitere Ausschussmitglieder: Stadtvertreterin Höll (CDU)
Stadtvertreter Bolz (BWG)
Stadtvertreter Brodersen (SSW)
Stadtvertreter Lerbs (SPD)
Stadtvertreter Klauer (CDU)
Bürgerliches Mitglied Baber (SPD)
Bürgerliches Mitglied Lübke (BWG)
Bürgerliches Mitglied Schwark (CDU)

Protokollführer/in: Frau Grube

Nicht anwesende, nicht vertretene Ausschussmitglieder: -

Andere Anwesende: Herr Grimm rt Revision + Treuhand
Frau Bahr Stadtwerke Rendsburg
Herr Bürgermeister Hinrichs
Frau Schnoor Verwaltung
Stadtvertreter Hartig
Stadtvertreter Hüp
Stadtvertreterin Schaedla
Stadtvertreterin Wilken

Nach § 22 GO ausgeschlossene Teilnehmerinnen oder Teilnehmer: -

Zuhörerinnen und Zuhörer: 10

Presse:

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung um 18:30 Uhr, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Die Einladung und die Sitzungsvorlage sind den Ausschussmitgliedern rechtzeitig zugegangen.

Vor Eintritt der Tagesordnung beschließt der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr einstimmig, den Tagesordnungspunkt 13 „Grundstücksangelegenheiten“ nichtöffentlich zu beraten.

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO
2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift von der Sitzung am 26. März 2019
3. Einwohnerfragestunde
4. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung Büdelsdorf
5. Umstellung des Mähregimes städtischer Wiesenflächen
6. Durchführung einer Verkehrsentwicklungsplanung für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg
7. Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg (AöR) hier: Anerkennung von Leitprojekten für das Haushaltsjahr 2019
8. Antrag der „NaturFreunde Deutschlands Ortsgruppe Büdelsdorf e.V.“ bezüglich der Umwandlung der Kaiserstraße zur Fahrradstraße sowie der Errichtung eines Hochzeitswaldes
9. Antrag der CDU-Fraktion zur der Einführung einer Mängelmelder-App
10. Informationen
 - 10.1 Ausbau Hollerstraße-West - Sachstand
 - 10.2 Ortsentwicklungskonzept - Sachstand
11. Beantwortung der Anfragen aus der vorigen Ausschusssitzung Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr
12. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der Bürgerlichen Mitglieder

Der nachfolgende Tagesordnungspunkt wird nach Maßgabe der Beschlussfassung des Ausschusses voraussichtlich nichtöffentlich beraten

13. Grundstücksangelegenheiten

Öffentlicher Teil:

14. Bekanntgabe von Beschlüssen und Empfehlungen zu dem in nichtöffentlicher Sitzung behandelten Tagesordnungspunkt

Öffentlicher Teil:

1. Beachtung der Ausschließungsgründe nach § 22 GO

Es liegen keine Hinweise auf mögliche Ausschließungsgründe vor.

2. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift von der Sitzung am 26. März 2019

Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor.

3. Einwohnerfragestunde

Ein Zuhörer merkt an, dass die Vorlage erst am Vormittag des 31.05.2019 im Internet einsehbar war.

Die Verwaltung erklärt, dass dieses Vorgehen der Geschäftsordnung entspreche. Durch dieses Vorgehen werden die Stadtvertreter in die Lage versetzt, sich im Vorwege mit der Vorlage auseinanderzusetzen, bevor die Öffentlichkeit Einsicht in die Vorlage nehmen kann.

Eine Zuhörerin merkt an, dass sie, als sie in der letzten Sitzung einen Hinweis zur geplanten Fahrradstraße und den dort geltenden Verkehrsvorschriften gemacht habe, sehr enttäuscht über die Reaktion der SPD-Fraktion gewesen sei. Sie bittet, die Meinungen der Anwohner, die eine Umwidmung zur Fahrradstraße für nicht notwendig erachten, zu respektieren.

Des Weiteren überreicht sie eine Unterschriftenliste gegen die Errichtung der Fahrradstraße im Neuen Gartenweg / Am Fischerende auf Kosten der Anlieger, welche 38 Personen unterzeichnet haben.

In diesem Zusammenhang fragt ein Zuhörer, nach welchen Maßgaben die Verkehrszählung stattgefunden hat und ob lediglich der Verkehrsdurchfluss gezählt wurde oder ob Kraftfahrzeuge und Fahrräder differenziert betrachtet wurden. Die Verwaltung teilt mit, dass die Verkehrszählung nicht nur mittels Gerät stattgefunden habe, sondern dass auch Mitarbeiter vor Ort waren, so dass zwischen Kraftfahrzeug- und Radverkehr unterschieden werden kann.

Ein Anwohner weist nochmals darauf hin, dass eine neue Beschilderung und Umwidmung zur Fahrradstraße nichts an der Verkehrssituation vor Ort ändern wird und weist auf zum Teil schon sehr enge Stellen im Straßenverlauf hin, an denen ein Überholen und schnelles Fahren ohnehin nicht möglich sei.

Die Verwaltung führt aus, dass der Planer die Gesamtsituation in der Straße beurteilen und auch Gefahrenpotentiale aufzeigen wird, um abschließend eine Handlungsempfehlung auszusprechen.

Mit einem Ergebnis ist im Juli zu rechnen.

4. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung Büdelsdorf

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage und begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Bahr (Stadtwerke Rendsburg) und Herrn Grimm (rt Revision + Treuhand Kiel).

Herr Grimm erläutert den Jahresabschluss 2017 ausführlich anhand einer Power-Point-Präsentation und führt aus, dass geplant sei, den Jahresabschluss 2018 noch vor Weihnachten vorzulegen.

Die Präsentation zum Jahresabschluss 2017 ist dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Die Prüfungsschwerpunkte sind der Präsentation zu entnehmen. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Eigenkapitalquote des Eigenbetriebes Abwasserbeseitigung Büdelsdorf gut ist. Der Jahresabschluss entspricht den gesetzlichen Vorschriften, so dass ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt wird.

Stadtvertreter Bolz fragt nach, warum die Anschlussbeiträge nicht aufgelöst werden. Herr Grimm merkt an, dass dies grundsätzlich möglich, langfristig jedoch nicht zu empfehlen sei, da diese Mittel für Investitionen benötigt werden.

Sodann beschließt der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr einstimmig, der Stadtvertretung zu empfehlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Beschlussempfehlung:

1.

Der Jahresabschluss 2017 wird wie folgt festgestellt:

- Bilanzsumme per 31.12.2017:	23.906.266,44 Euro
- Summe der Erträge:	1.902.287,26 Euro
- Summe der Aufwendungen:	1.807.287,26 Euro
- Jahresüberschuss:	95.000,00 Euro

2.

Das Jahresergebnis 2017 (Überschuss) in Höhe von 95.000,00 Euro wird in die Rücklage eingestellt.

5. Umstellung des Mähregimes städtischer Wiesenflächen

Aus ökologischen Gründen soll die Pflege und Unterhaltung der Grünflächen neu strukturiert werden. Es wird auf die der Vorlage anliegende Richtlinie über die Neustrukturierung der Pflege und der Unterhaltung von Rasen und anderen nicht mit Gehölzen bestandenen Grünflächen (Umstellung des Mähregimes städtischer Wiesenflächen) verwiesen.

Auf Nachfrage, wie man in Búdelsdorf mit der Ausbreitung des Jakobskreuzkrautes umgehe, teilt die Verwaltung mit, dass man dies auf städtischen Flächen im Blick habe und - wenn nötig - beseitige.

Die Verwaltung weist nochmals darauf hin, dass das vorgestellte Mähregime eine Richtlinie darstelle mit der Maßgabe, der Natur eine Chance zu geben. Zunächst solle ein Jahr zur Probe nach dieser Richtlinie verfahren werden, um dann beurteilen zu können, ob diese langfristig umsetzbar sei.

Stadtvertreterin Wilken merkt an, dass insektenfreundliche Stauden im Straßenbegleitgrün die Optik verschönern könnten. Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf, gibt jedoch zu Bedenken, dass diese sehr pflegeintensiv seien.

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr nimmt Kenntnis und bedankt sich für die ausführliche Aufbereitung der Richtlinie.

6. Durchführung einer Verkehrsentwicklungsplanung für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg

Der Ausschussvorsitzende verweist auf die Vorlage.

Stadtvertreter Lerbs und Stadtvertreter Bolz begrüßen die Vorlage und die Beschlussempfehlung und überreichen eine gemeinsame politische Erklärung der SPD und BWG zur Verkehrssituation in Búdelsdorf mit der Bitte, diese als **Anlage 2** der

Niederschrift beizufügen. Dieser Bitte wird mit 5 Ja-Stimmen und 4-Nein-Stimmen nachgekommen.

Bürgerliches Mitglied Schwark merkt an, dass die CDU der Beschlussempfehlung ebenfalls positiv gegenüber steht. Er gibt jedoch zu bedenken, dass man nicht versuchen sollte, den Bürger umzuerziehen. Jedem sollte freigestellt werden, ob er weiterhin Auto fährt und dieses sollte auch nicht erschwert werden.

Des Weiteren hinterfragt er die in der Vorlage angegebene Zeitspanne von 10-15 Jahren.

Die Verwaltung erläutert, dass diese den Betrachtungszeitraum darstellt und nicht den Zeitraum, bis das Ergebnis vorliegt. Mit einem Ergebnis aus der Maßnahme ist in ca. einem dreiviertel Jahr zu rechnen.

Bürgerliches Mitglied Baber weist darauf hin, dass es auch der SPD und BWG nicht darum gehe, den Bürger umzuerziehen. Vielmehr sollen Alternativen zum motorisierten Verkehr aufgezeigt werden.

Stadtvertreterin Wilken merkt an, dass man nichts vorschreiben, aber auch nichts unversucht lassen sollte. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass sie mit Frau Sönnichsen (Kiel-Region) über die „Sprottenflotte“, ein überregionales Angebot von Leihfahrrädern gesprochen habe.

Ein Zuhörer merkt an, dass der Bundesverkehrswegeplan keinerlei Ziele in Bezug auf den Umweltschutz enthält, sondern lediglich die Aussage getroffen wird, dass es so nicht weitergehen kann. Er fordert konkrete Ziele von der Politik, bevor es in die Planung geht.

Die Verwaltung merkt an, dass im Zuge des Verkehrsentwicklungsplanes (VEP) die Ziele noch abgestimmt werden, im ersten Schritt gehe es darum, das Thema aufzugreifen.

Stadtvertreter Bolz verweist auf die Arbeitsgruppe Ortsentwicklungskonzept. Diese sei in Kombination zu weitergehenden Planungen ein wichtiger erster Schritt, bei dem die Bürger aufgerufen sind, teilzunehmen und ihre Anregungen einzubringen.

Stadtvertreter Wensierski merkt an, dass die Verkehrsentwicklung im allgemeinen betrachtet werden muss und dabei Rücksicht auf die unterschiedlichen Bedürfnisse genommen werden muss, da Berufstätige teilweise auf ihr eigenes Auto angewiesen seien. Er hält es für wichtig, im Rahmen der Verkehrsentwicklungsplanung überregional zu schauen, welche Konzepte bereits vorliegen und diese aufeinander abzustimmen. Abschließend stellt er klar, dass die CDU sich zwar immer für eine Nordumfahrung stark gemacht habe, dies jedoch nicht ausschließe, dass man parallel alternative Konzepte erarbeite.

Die CDU stehe also ebenso wie SPD und BWG hinter der Durchführung einer Verkehrsentwicklungsplanung.

Nach kontrovers geführter Diskussion fasst der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Bürgermeister wird beauftragt, sich gemeinsam mit der Stadt Rendsburg bei der Entwicklungsagentur des Lebens- und Wirtschaftsraumes Rendsburg AöR im Sinne der Beschlussvorlage zu TOP 6 die Durchführung einer Verkehrsentwicklungsplanung einzusetzen.

Das Verfahren ist in einem öffentlichen Beteiligungsprozess mit den an der Gebietsentwicklungsplanung beteiligten Kommunen durchzuführen.

Die Beratungen sind zu gegebener Zeit im Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr fortzuführen.

**7. Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg (AöR)
hier: Anerkennung von Leitprojekten für das Haushaltsjahr 2019**

Auf Empfehlung des Verwaltungsrates und des Vorstandes der Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg (AöR) soll nachfolgendes Projekt als Leitprojekt 2019 der Entwicklungsagentur anerkannt und aus Fördermitteln des Strukturfonds gefördert werden:

Antragsteller, Förderprojekt		Beantragte Förderung (€)
1	Stadt Rendsburg: Neubau eines Radweges vom Bahnhof Rendsburg zum Obereiderhafen	79.222,--

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr fasst einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr stimmt dem Vorschlag des Verwaltungsrates und des Vorstandes der Entwicklungsagentur für den Lebens- und Wirtschaftsraum Rendsburg, AöR, zu, das nachfolgende Projekt als Leitprojekt der Entwicklungsagentur 2019 anzuerkennen und aus dem Strukturfonds folgende Zuwendungen zu gewähren:

Antragsteller, Förderprojekt		Beantragte Förderung (€)
1	Stadt Rendsburg: Neubau eines Radweges vom Bahnhof Rendsburg zum Obereiderhafen	79.222,--

8. Antrag der „NaturFreunde Deutschlands Ortsgruppe Büdelsdorf e.V.“ bezüglich der Umwandlung der Kaiserstraße zur Fahrradstraße sowie der Errichtung eines Hochzeitswaldes

Die NaturFreunde Deutschlands Ortsgruppe Büdelsdorf beantragen mit Schreiben vom 26. April 2019 die Umwandlung der Kaiserstraße zur Fahrradstraße sowie die Errichtung eines Hochzeitswaldes.

Herr Schauer, NaturFreunde, verliest den der Vorlage anliegenden Antrag und führt aus, dass die Kaiserstraße ihre Funktion als Durchgangsstraße verloren habe und aus diesem Grund dem Fahrradfahrer hier Vorrang gewährt werden könnte. Durch die Vorrangsgewährung würde die Attraktivität für den Radverkehr deutlich gesteigert werden.

Des Weiteren merkt er an, dass Schleswig-Holstein das waldärmste Bundesland Deutschlands ist. Um dem entgegenzuwirken, halten die NaturFreunde die Errichtung eines Hochzeitswaldes für geeignet. In einem Hochzeitswald können Brautpaare oder andere Personen zu besonderen Anlässen einen Baum pflanzen. In Bordesholm und Nortorf gibt es dieses Angebot bereits.

Weiter führt Herr Schauer aus, dass ihm aufgefallen sei, dass der Treidelweg sehr sauber sei. Er weist jedoch darauf hin, dass die NaturFreunde die Durchführung einer Müllsammelaktion im Stadtgebiet durchaus begrüßen und auch unterstützen würden.

Bürgerliches Mitglied Schwark macht deutlich, dass er die Anträge der NaturFreunde sehr positiv bewerte. Er regt an, diese im Rahmen des Ortsentwicklungskonzeptes weiter zu beraten.

Auch Stadtvertreter Lerbs und Stadtvertreter Bolz teilen die Meinung, dass der Antrag auf Umwandlung der Kaiserstraße zur Fahrradstraße im Ortsentwicklungskonzept beraten werden sollte, da im Rahmen dieses Konzepts der Fahrradverkehr im gesamten Ort betrachtet wird.

Die NaturFreunde bedanken sich, dass ihre Anregung Gehör findet. Sie bitten, den Antrag als Anstoß zu verstehen und sehen alles, was zu einer fahrradfreundlichen Gestaltung der Straßen führt, als positiv an.

Ein Zuhörer fragt nach, warum nicht auch die Neue Dorfstraße als Fahrradstraße ausgewiesen werden könnte.

Die Verwaltung erläutert, dass die Neue Dorfstraße als Umleitungsstrecke diene, wenn die Hollerstraße aufgrund eines Unfalls gesperrt wird.

Stadtvertreter Wensierski fragt an, ob die Verwaltung bis zur nächsten Ausschusssitzung bzw. bis zum Ende des Jahres ein Konzept für den Hochzeitswald erarbeiten könnte.

Bis zur nächsten Sitzung am 03.09.2019 ist aufgrund der anstehenden Urlaubszeit nur ein grobes Konzept möglich. Daher besteht Einigung, dass ein Konzept bis Ende des Jahres vorliegen und dem Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr vorgestellt werden soll.

Der Ausschuss fasst abschließend einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Antrag der NaturFreunde auf Umwandlung der Kaiserstraße zur Fahrradstraße wird zur weiteren Bearbeitung an die Arbeitsgruppe Ortsentwicklungskonzept verwiesen.

Der Antrag auf Errichtung eines Hochzeitswaldes wird von der Verwaltung konzeptionell aufbereitet.

9. Antrag der CDU-Fraktion zur Einführung einer Mängelmelder-App

Die CDU-Fraktion beantragte mit Schreiben vom 25.03.2019 die Einführung einer Mängelmelder-App. Stadtvertreter Wensierski erläuterte in der Sitzung den Antrag.

Die Verwaltung hat Kontakt zur Stadtverwaltung Rendsburg aufgenommen. In Rendsburg wird die Mängelmelder-App ab dem 01.07.2019 eingeführt.

Die Kosten für die App belaufen sich auf ca. 20.000 EUR für die Anschaffung, jährlich ist mit Folgekosten von jeweils 4.000 – 6.000 EUR zu rechnen. Das Ordnungsamt Rendsburg wird zudem die wöchentlichen Arbeitsstunden um vorerst 4 Stunden erhöhen, was zusätzliche Personalkosten zur Folge hat.

Die Verwaltung merkt an, dass die Einrichtung einer Mängelmelder-App durch die voranschreitende Digitalisierung mit Sicherheit kommen wird, man sollte jedoch zunächst die Erfahrungen der Stadt Rendsburg sowie die Entwicklungen im Land (Smart City) abwarten. Zudem müssten die Haushaltsmittel im Rahmen der Haushaltsberatung eingeplant werden.

Im Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr besteht Einigkeit darüber, dass es dem Bürger erleichtert werden soll, Beschwerden schnell und unbürokratisch zu melden. Da die Kosten für die App sehr hoch ausfallen, muss noch konzeptionell erarbeitet werden, in welcher Form dies umgesetzt werden kann. Zunächst sollten jedoch die Erfahrungen der Stadt Rendsburg mit der App abgewartet werden.

10. Informationen

10.1 Ausbau der Hollerstraße-West - Sachstand

Die Verwaltung teilt mit, dass die Baumaßnahme Hollerstraße-West ausgeschrieben ist.

Positiv hervorzuheben ist dabei, dass die zwei eingegangenen Angebote sich mit der Kostenschätzung decken. Der Zuschlag wird erteilt, so dass voraussichtlich im Juli mit den Bauarbeiten begonnen wird.

Im Vorwege der Bauarbeiten wird eine Informationsveranstaltung für die Anlieger durchgeführt, an der auch die Abwasserbeseitigung Büdelsdorf teilnehmen wird.

Des Weiteren teilt die Verwaltung mit, dass mittlerweile beide Wohnungen in den Obergeschossen des Künstlerhauses an Künstler vermietet sind.

10.2 Ortsentwicklungskonzept - Sachstand

Die Verwaltung teilt mit, dass die Arbeitsgruppe Ortsentwicklungskonzept am 24.04.2019 getagt hat.

Themen waren insbesondere der Siedlungsbestand, das Radwegenetz sowie die Verdichtung / Innenentwicklung. Es wurde die Frage aufgeworfen, wie dicht oder hoch das Stadtgebiet überhaupt bebaut werden soll. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Schaffung von barrierefreiem und bezahlbarem Wohnraum.

Die Verwaltung weist darauf hin, dass auch aus klimaschutztechnischer Sicht Innenentwicklung Vorrang vor der Entwicklung des Außenbereichs hat, da hierdurch die Verkehrsbewegungen im Rahmen gehalten werden.

Die Verwaltung weist auf den Workshop am 05.06.2019 um 19:00 Uhr im Künstlerhaus hin, bei dem Vereine und Verbände aufgerufen sind, ihre Wünsche und Anregungen vorzutragen.

11. Beantwortung der Anfragen aus der vorigen Ausschusssitzung Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr

Es liegen keine unbeantworteten Fragen vor.

12. Fragestunde der Stadtvertreterinnen und Stadtvertreter sowie der Bürgerlichen Mitglieder

Stadtvertreter Bolz weist auf die irreführende Verkehrsführung in der Konrad-Adenauer-Straße im Bereich der Zufahrt von LIDL hin.

Die Verwaltung teilt mit, dass es sich in dem Bereich um Mischverkehrsflächen handelt, der Pflasterwechsel für Autofahrer aber anscheinend irritierend sei. Die Verwaltung wird sich mit der Problematik befassen und die Verkehrsführung in der nächsten Sitzung anhand von Plänen näher erläutern.

Bürgerliches Mitglied Schwark fragt nach, ob im Zuge der Aufstellung der neuen Lichtsignalanlage bei LIDL eine andere Lichtsignalanlage in der Hollerstraße (auf Höhe „LIDL alt“) abgebaut werde.

Die Verwaltung erklärt, dass die Lichtsignalanlage bestehen bleibt, da diese derzeit noch als Schulwegsicherung gebraucht wird.

Stadtvertreter Hartig fragt nach, ob es bereits eine Nachnutzung für den alten LIDL-Standort gebe.

Die Verwaltung merkt an, dass ihr keine Nachnutzung bekannt sei, dass es für den Bereich jedoch einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gibt.

Der nachfolgende Tagesordnungspunkt wird nach Maßgabe der Beschlussfassung des Ausschusses nichtöffentlich beraten

13. Grundstücksangelegenheiten

- Wird nur für die Stadtvertreter und Ausschussmitglieder ausgefertigt -

Öffentlicher Teil:

14. Bekanntgabe von Beschlüssen und Empfehlungen zu dem in nichtöffentlicher Sitzung behandeltem Tagesordnungspunkt

In nichtöffentlicher Sitzung wurde beschlossen, einem Vorhabenträger zu signalisieren, ihn im Rahmen eines Bauleitplanverfahrens gegen volle Kostenerstattung zu unterstützen.

Ende der Sitzung: 20.50 Uhr

F. d. R.

gez. Schmidt

Ausschussvorsitzender

gez. Grube

Protokollführerin